



Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

21. Juni 2010

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

genau sieben Monate nach der Bundestagswahl erreichte mich der Anruf unseres Ministerpräsidenten Christian Wulff mit der Nachricht, dass ich auf Grund der Kabinettsumbildung im Niedersächsischen Landtag in den Deutschen Bundestag nachrücke. Ich freue mich mit Ihnen, dass der Wahlkreis Gifhorn-Peine nun mit mir als Ihrer Bundestagsabgeordneten vertreten ist und möchte Ihnen gleichzeitig für Ihren engagierten Einsatz im Bundestagswahlkampf danken. Ich nehme dies als Ansporn und gleichzeitig Auftrag mit nach Berlin, mich für die Interessen und Anliegen unsere Landkreise und seiner Bürgerinnen und Bürger mit voller Kraft einzusetzen.

Meine Arbeit in Berlin habe ich inzwischen aufgenommen und die ersten Wochen in Berlin hätten nicht turbulenter sein können: Die schwierigen Entscheidungen zum Euro-Rettungsschirm und zum 80 Mrd.-Sparpaket der Bundesregierung, der Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler und die Kandidatur unseres Ministerpräsidenten Christian Wulff für das Amt des Staatsoberhauptes stellen für uns große Herausforderungen dar.

Mir ist es wichtig, Sie über die aktuellen Themen aus dem Deutschen Bundestag und den Sitzungswochen zu informieren. Deshalb werden Sie regelmäßig einen Bericht aus Berlin erhalten.

Meine Aufgaben in den Ausschüssen habe ich vor zwei Wochen übernommen – als ordentliches Mitglied der Ausschüsse für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung sowie Familie, Senioren, Frauen und Jugend, als stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss.

Auch mein Berliner Büro ist nunmehr eingerichtet, meine Mitarbeiterinnen im Einsatz. Petra Kröber führt mein Sekretariat, kümmert sich um Termine und Besuchergruppen. Sylvia Heuser betreut den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Landkreis Peine. Jeannine Perduss bearbeitet die Themen des Ausschusses für Bildung und Forschung und nimmt die Anliegen aus dem Landkreis Gifhorn wahr.



v.l.: Petra Körber, Sylvia Heuser, Ewa Klamt MdB
und Jeannine Perduss

In Gifhorn ist Ihr Ansprechpartner Timm Bußmann. Christine Heuer ist meine Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle Peine.

Gemeinsam freuen wir uns auf die zukünftige Arbeit und sämtliche bevorstehenden Herausforderungen.

Ihre
Ewa Klamt

Ewa Klamt
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Christian Wulff bei CDU/CSU und FDP

Am Dienstag stellte sich Christian Wulff den Fraktionen CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten vor. In seiner Vorstellung erklärte er, dass es sein Wunsch sei, Brücken zu bauen zwischen Ost und West, Jung und Alt wie auch zwischen Bürgern und politisch Aktiven. Klare Aussagen machte er zum notwendigen Schuldenabbau des Landes, denn dies sei unsere Pflicht gegenüber den kommenden Generationen. Christian Wulff nannte als Schwerpunkt in seiner Rede sein Vertrauen in die Fähigkeit unserer Nation und ihrer Menschen, die Zukunft des Landes zu gestalten.

Die beeindruckende Rede wurde von mit viel Beifall in beiden Fraktionen bedacht.



v.l.n.r. Dr. Hans-Peter Friedrich, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Christian Wulff und Volker Kauder. Quelle: CDU/CSU

Qualitätspakt für Lehre

In der vergangenen Woche haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder ein gemeinsames Förderprogramm zur Verbesserung der Studienbedingungen beschlossen. Mit diesem Programm wird der erfolgreiche Hochschulpakt um eine dritte Säule für mehr Qualität in der Lehre ergänzt und die Betreuung der Studierenden verbessert.

Bis zum Jahr 2015 wollen wir 10% unseres Bruttoinlandprodukts in Bildung und Forschung investieren. Obgleich der Bund an den normalen Bildungsausgaben nur einen Anteil von 10% trägt, haben wir den Ländern angeboten, 40% der zusätzlich erforderlichen Aufwendungen in Höhe von 13 Mrd. dauerhaft zu finanzieren. Zur Verbesserung des Niveaus der akademischen

Ausbildung wird die Bundesregierung bis 2020 insgesamt 2 Milliarden Euro bereitstellen.

Weiterentwicklung des BAföG

Die wichtigste Nachricht für die Studenten in Deutschland ist: Trotz der härtesten Sparmaßnahmen seit Bestehen der Bundesrepublik werden wir für die Bildung und für Studenten mehr Geld zur Verfügung stellen.

In dieser Legislaturperiode werden wir bis 2013 insgesamt 12 Mrd. Euro in Bildung und Forschung investieren.

Wir haben das 23. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes verabschiedet, und damit bereits die zweite Erhöhung der BAföG-Sätze der Unionsgeführten Regierung seit 2008 beschlossen.

Nationales Stipendienprogramm

Das ebenfalls beschlossene Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms zielt darauf ab, begabte Studierende zu unterstützen, die Eigenverantwortung und Profilentwicklung der Hochschulen zu stärken und dadurch auch zur Etablierung einer neuen Stipendienkultur in Deutschland beizutragen.

Die Stipendien in Höhe von 300 Euro monatlich sollen jeweils zur Hälfte von der Wirtschaft und dem Bund finanziert werden.

Den Alumni wird die Möglichkeit geboten, ihrer ehemaligen Ausbildungsstätte im Sinne eines akademischen Generationenvertrages „etwas zurückzugeben“.

Verkürzung von Wehr- und Zivildienst

Mit dem am Donnerstag verabschiedeten Wehrrechtsänderungsgesetz 2010 wird die Entscheidung im Koalitionsvertrag umgesetzt, die Dauer des Grundwehrdienstes bis spätestens zum Januar 2011 von 9 auf 6 Monate zu verkürzen. Dies wirkt sich auch auf den Zivildienstgesetz aus.

Die Regelung gilt erstmals für Wehr- und Zivildienstleistende, die ihren Dienst ab dem 1. Juli 2010 antreten werden. Der Union ist besonders wichtig, dass wir die freiwillige Verlängerung des Zivildienstes möglich machen konnten.

Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

Finanzmarktregulierung in Europa

Auf Drängen der Deutschen Bundesregierung haben die Staats- und Regierungschefs der EU eine ehrgeizige Position zur Finanzmarktregulierung beschlossen.

Im Vorfeld des Europäischen Rates hatten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy den Präsidenten der Europäischen Kommission eindringlich gebeten, die Bemühungen der Kommission um die Einführung strengerer Kontrollen der Märkte für Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen und für Leerverkäufe zu beschleunigen. Leerverkaufpositionen bei Aktien und Anleihen, vor allem im Fall von Staatsanleihen, müssen rasch transparenter gemacht werden. Insbesondere sollen sich Initiativen der Kommission auch auf die Möglichkeit eines EU-weiten Verbots ungedeckter Leerverkäufe aller oder bestimmter Aktien und Staatsanleihen sowie aller oder bestimmter ungedeckter Kreditausfallsversicherungen erstrecken.

Deutschland ist in den letzten Wochen bei der Finanzmarktregulierung schon mit gutem Beispiel vorangegangen.

Meilenstein Jobcenterreform

Gemeinsam mit Bundesministerin Ursula von der Leyen hat die CDU-Fraktion in dieser Woche die gesetzliche Neuregelung der Organisation der Jobcenter auf den Weg gebracht, um unser Hauptziel, Langzeitarbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, effektiver als bisher umsetzen zu können.

Mit der Verbesserung der Betreuungsrelation von Fallmanagern und Arbeitslosen und der Einführung von zu vereinbarenden Vermittlungszielen wurden die Bedingungen für die Arbeitsvermittlung optimiert. Die Existenz der eigenverantwortlichen Optionskommunen wurde dauerhaft gesichert.

Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953

Vergangenen Donnerstag haben wir im Rahmen einer Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR an den Mut und die Freiheitssehnsucht der ostdeutschen Bevölkerung erinnert. Der 17. Juni 1953 dokumentiert in besonderer Weise den Unrechtscharakter der SED-Diktatur, den die Linkspartei bis heute nicht anerkennt. Stattdessen wird die DDR von der Nachfolge-Partei der SED immer noch zu einem romantischen Sozialstaat verklärt. Angesichts des 17. Juni 1953 und der unzähligen Opfer der SED-Gewaltherrschaft ist diese Darstellung blanker Zynismus. Der Jahrestag des Volksaufstandes sollte allen Parteien in Erinnerung rufen, dass eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei nach wie vor keine Option sein kann.

Kontakt

Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: (030) 22772341
Fax: (030) 22776067

Gifhorn

Ansprechpartner: Timm Bußmann
Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Tel: (05371) 728035
Fax: (05371) 728036

Peine

Ansprechpartner: Christine Heuer
Kantstraße 3, 31224 Peine
Tel: (05171) 7902225
Fax: (05171) 7902226

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany, consisting of the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font on a white rectangular background.